Maßnahmenkatalog zur THG-Bilanz: Stand 14.06.2022

Maßnahmenpaket	Nr.	Titel der Maßnahme	Beschreibung/Erforderliche Handlungsschritte	Zielgruppe	Akteure	Umsetzung	Priorität	THG-Einsparpotenzial	Fördermöglichkeiten	Bedarf Finanzmittel	Bedarf Personal
Mobilität	M1	Verkehrsvermeidung/ Modal Split	<p>Kern der Strategie muss sein, Verkehr zu vermeiden. Weiterhin soll der im Einklang mit dem Radverkehrsprogramm Bayern 2025 definierte Modal Split Ausgangspunkt der Maßnahmenentwicklung sein, um eine Einhaltung des gesamtstädtischen Klimaschutzziels für den Sektor Verkehr zu ermöglichen. Schwerpunkte, die u. a. durch den 2. Klimaschutzbeauftragten übernommen werden sollen, werden mit „2.KS“ benannt:</p> <ul style="list-style-type: none"> Fokus kombinierte Mobilität (Berücksichtigung von Radabstellanlagen bei der aktuellen Aufstellung des Parkraumbewirtschaftungskonzeptes und der aktuellen Überarbeitung der Stellplatzsatzung) 2.KS: Veränderung von Verkehrsgewohnheiten (Carsharing existiert bereits in der Kernstadt – eine Ausweitung auf die Ortsteile wird angestrebt) 2.KS: Vernetzung von Mobilitätsangeboten (z. B. B+R am Bahnhof, Radabstellanlagen an Haltestellen des ÖPNV, P+R Parkplätze ausweisen, Bewerbung VGN-App. Infrastruktur für Fahrzeuge mit alternativem Antrieb, Zukunftstechnologien, z. B. Flächen für E-Ladesäulen, Wasserstofftankstellen) <ul style="list-style-type: none"> alternative Modelle zum ÖPNV (durch geringe Einwohnerdichte, große Stadfläche) werden bereits umgesetzt, z. B. Anrufsammeltaxi in Schwachverkehrszeiten (Zuschlag erforderlich), Rufbus in Ortsteilen ohne Linienbusangebot (kein Zuschlag) Parkraumbewirtschaftungskonzept ist derzeit in der Erstellung (Radabstellanlagen sind berücksichtigt) Stellplatzsatzung wird aktuell überarbeitet (Radabstellanlagen sind berücksichtigt) 2.KS: Mitfahrzentrale (MiFaz) verbessern durch Routenangaben und/oder Definition von Zustiegspunkten (Alternativen zur MiFaz: mitfahren.de, fahrgemeinschaft.de) 	Stadtbevölkerung, Einpendler, Stadtbesucher, Unternehmen	Verwaltung, Politik, Verkehrsbetriebe, Dienstleister	kurzfristig	hoch	nach Umsetzung der daraus abgeleiteten Maßnahmen: ca. 75.000 t/a zur Erreichung der Ziele nach Restbudgetansatz	Akteuren, Zielgruppen, Umsetzungszeitraum, Kosten sowie dem prognostizierten THG-Minderungspotenzial und Wirkungszeitraum?	Zusätzlicher Finanzierungsbedarf über laufende Arbeit der neuen Stelle später zu bestimmen	1 neue Stelle für einen zweiten Klimaschutzbeauftragten Energiethemen: Wärme und Strom, Mobilität, Koordinierung der Konzepte, Umsetzung, Unterstützung Akteursbeteiligung, (EG 10 - 12 unbefristet)
Mobilität	M2	Vertiefung der Zusammenarbeit mit dem Landkreis Ansbach hinsichtlich einer gemeinsamen Strategie für das Gesamtziel mehr Mobilität und weniger Verkehr in der Region zu schaffen	<p>Aufgrund der zahlreichen Verknüpfungen, unter anderem im ÖPNV aber auch aufgrund der Vielzahl von täglichen Verkehrsströmen (Stichwort Ein- und Auspendler) ist der Landkreis Ansbach, der die komplette Stadt Ansbach umgibt, bereits in der Nahverkehrsplanung eingebunden und umgekehrt. Eine Kooperation bzw. Abstimmung mit dem LK Ansbach ist in folgenden Punkten anzustreben:</p> <ul style="list-style-type: none"> Pendlerparkplätze Parkangebote für Fahrgemeinschaften Mitfahrzentrale 	Stadtbevölkerung, Einpendler, Stadtbesucher, Unternehmen	Verwaltung, Politik, Landkreis, Verkehrsbetriebe, Dienstleister	kurzfristig	mittel				
Mobilität	M3	Projekt „Stadt der kurzen Wege“	<p>Umsetzung des Planungsziels „Stadt der kurzen Wege“. Das heißt:</p> <ul style="list-style-type: none"> Aufenthaltsqualität in den Ortsteilen erhöhen Geschwindigkeitsreduzierung überall dort, wo es möglich ist (STVO-Änderung erforderlich) autofreie Innenstadt / Fußgängerzone sichern und stärken <p>Weitere Ergänzung des städtischen Fuhrparks mit Pedelecs (s. I3)</p>	Stadtbevölkerung, Unternehmen	Verwaltung, Verkehrsbetriebe, Dienstleister	kurzfristig	mittel				
Ver- und Entsorgung	V1	Erstellung kommunaler Energienutzungsplan	<p>Wärme muss, genau wie Strom, zukünftig zu einem immer größeren Anteil auf Basis Erneuerbarer Energieträger erzeugt werden, um die Klimaschutzziele erreichen zu können. Die Potenziale für den Anteil erneuerbarer Energien auf Datenbasis 2019 liegen im Strombereich bei 65 % und im Wärmesektor bei 25 %. Im Gegensatz zu Strom, der sowohl lokal, regional und überregional erzeugt und über längere Strecken transportiert werden kann, ist die Wärmeversorgung stets eine lokale Entscheidung. Daher bedarf es vor Ort auf Stadtebene der Entwicklung eines zentralen Werkzeuges, um die Wärmewende innerhalb der nachhaltigen Stadtentwicklung gestalten zu können.</p> <p>Aufbau (vgl. LF Kommunale Wärmeplanung BW)</p> <ul style="list-style-type: none"> Bestandsanalyse Potenzialanalyse Aufstellung Zielszenario Wärmewendestrategie 	Gebäudeeigentümer (sowohl Wohnen als auch Wirtschaft), Stadtwerke, Energiegenossenschaften	Verwaltung, Stadtwerke, Planungsbüros	kurzfristig	hoch	nach Umsetzung der daraus abgeleiteten Maßnahmen: ca. 115.000 t/a zur Erreichung der Ziele nach Restbudgetansatz (in Verbindung mit V2)	In Bayern gibt es Fördermöglichkeiten in Form eines Energienutzungsplanes (bis zu 70%) sowie bis zu 40.000 Euro für die Begleitung der Umsetzung https://www.stmwi.bayern.de/fileadmin/user_upload/stmwi/Foerderungen/Energiefoerderung/2018-04-10_Merkblatt_zur_Foerderung_von_Energiekonzepten_und_kommunalen_Energienutzungsplaenen.pdf	Externe Dienstleister für Erstellung: Energienutzungsplan: ca. 75 – 125 T€ Energienutzungsplan (je nach Detaillierungsgrad abweichend) 50.000 Euro Umsetzungsbegleitung	über neue Stelle des zweiten Klimaschutzbeauftragten

Maßnahmenkatalog zur THG-Bilanz: Stand 14.06.2022

Maßnahmenpaket	Nr.	Titel der Maßnahme	Beschreibung/Erforderliche Handlungsschritte	Zielgruppe	Akteure	Umsetzung	Priorität	THG-Einsparpotenzial	Fördermöglichkeiten	Bedarf Finanzmittel	Bedarf Personal
			Mit dem Energienutzungsplan, welches über das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie (stmwi) gefördert wird, wird durch die Erweiterung der Analyse des Stromsektors nunmehr eine ganzheitliche und flächendeckende Bewertung über die Sektoren Wärme und Strom hinweg ermöglicht.								
Ver- und Entsorgung	V2	Umsetzung kommunaler Wärmeplan - vertiefende Analysen	Neben einer gesamtstädtischen Strategie bedarf es kleinräumiger vertiefender Analysen zur Vorbereitung der konkreten Umsetzung. Hierbei sind Machbarkeitsstudien zur Wärmetransformation zu erstellen. Ziel ist die Entwicklung von Umsetzungskonzepten (integrierte Quartierskonzepte nach KfW432 oder Wärmenetze 4.0 nach KfW) als Grundlage für investive Maßnahmen. Aufbau Machbarkeitsstudie - Bestimmung der Versorgungsaufgabe - Identifizierung und Quantifizierung Energieeinspar- und Energieversorgungspotenziale. Daten zu Abrechnungs-/Effizienzwerten, Kosten etc. können von STWAN zu Verfügung gestellt werden. - Technischer, wirtschaftlicher und ökologischer Variantenvergleich, z. B. alte Erdgas-BHKW durch neue Bio-Methan/BHKW substituieren Konzept zur Umsetzung, Finanzierung und Betrieb der Maßnahmen. Hier werden von STWAN Contracting-Modelle favorisiert, bei denen der Contractingnehmer nach 10 bis 15 Jahren Vertragslaufzeit Eigentümer der Anlage wird. Folgende Varianten sind möglich: 1. Erdgasbrennwertkessel, 2. Erdgasbrennwertkessel + Solar, 3. BHKW + Erdgasbrennwertkessel. Große Wohnanlagen sollten vornehmlich in Augenschein genommen werden, da sie mehr Einsparpotenzial liefern als EFH und prädestinierter für den BHKW-Einsatz sind. Weitere Investitionen der STWAN in bestehende BHKWs an militärischen Stützpunkten sind wegen der Ungewissheit des Verbleibs der Streitkräfte nicht vorgesehen.	Gebäudeeigentümer (sowohl Wohnen als auch Wirtschaft), Stadtwerke	Verwaltung, Stadtwerke, ggf. weitere Schlüsselakteure	kurzfristig/ mittelfristig	hoch	nach Umsetzung der daraus abgeleiteten Maßnahmen: ca. 115.000 t/a zur Erreichung der Ziele nach Restbudgetansatz (in Verbindung mit V1)	Wie können vertiefende Analysen finanziert werden? KfW Energetische Stadtsanierung (KfW 432A/B), Konzept: 75% Zuschuss; Weitergabe der Förderung an STWAN möglich. Energetisches Sanierungsmanagement (ESM): 75% Zuschuss, 210-350T€ Höchstbetrag BAFA Wärmenetze 4.0; STWAN ist Fördernehmer Studie: 60% Zuschuss, 600T€ Höchstbetrag Umsetzung: 50% Zuschuss, 15Mio.€ Höchstbetrag https://www.bafa.de/DE/Energie/Energieeffizienz/Waermenetze/waermetze_node.html Neue Kommunalrichtlinie (ab 01.01.2022) Studie: 50% - 70% Zuschuss	30 bis 60 T€ je Quartier für Konzept (Stufe 1) Energetisches Sanierungsmanagement (Stufe 2) 70 T€ pro Jahr über 3 oder 5 Jahre Anzahl und Abgrenzung der Quartiere über V1 Wärmeplan	über neue Stelle des zweiten Klimaschutzbeauftragten
Ver- und Entsorgung	V3	Dekarbonisierung der bestehenden Wärmenetze	Die vier Wärmenetze der Stadtwerke Ansbach werden seit 2016 BHKW-seitig mit Biomethan betrieben (Ausnahme: BHKW Heilig-Kreuz-Straße, nur Erdgas). Das fünfte BHKW (Hürnerhöfe) läuft ebenfalls im BHKW-Betrieb auf Bio-Methan und ist als Contracting-Modell gestaltet. Für die Wärmeerzeugung durch Heizkessel wird bislang Erdgas als Brennstoff zugeführt. Hierfür bedarf es einer Strategie, einen immer größeren Anteil der Wärme auf Basis Erneuerbarer bereitzustellen. Eine Zielmarke von mindestens 80-90 % Erneuerbare im Energieträgermix für die Wärmebereitstellung der Netze ist hierbei anzustreben. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass eine Umstellung der gasbetriebenen Heizkessel auf Solar/Wärmepumpe bzw. von Erdgas auf Bio-Methan sehr kostenaufwändig ist. Bio-Methan kann nur als Brückentechnologie gelten. Die Wärmenetze wurden 1986 errichtet; die Instandhaltung dient lediglich der Reparatur. Ein Sanierungskonzept für den strategischen Erhalt der Wärmenetze ist erforderlich. Die Dekarbonisierung der Wärmenetze lässt sich zukünftig wie folgt erzielen: 1. Umstellung auf grünen Wasserstoff, 2. Wärmespeicher ausbauen, 3. Laufzeitverlängerung der Anlagen anstreben. Vertiefende Analysen zur Dekarbonisierung der Wärmenetze sollten in Abstimmung mit dem Wärmeplan erfolgen.	Stadtwerke	Stadtwerke	langfristig	hoch	bis zu ca. 7.700 t/a	siehe V2	nicht quantifizierbar, Umsetzung über STWAN	Kooperation mit STWAN über neue Stelle des zweiten Klimaschutzbeauftragten
Ver- und Entsorgung	V4	Bestehende Förderung durch die Stadt weiterentwickeln/anpassen an veränderte Rahmenbedingungen und Förderlandschaft in Bund und Land	Die bestehenden Fördertöpfe der Stadt Ansbach zur energetischen Sanierung von Bestandsgebäuden und zum Austausch von Heizungsumwälzpumpen sollen einen wichtigen Anreiz setzen für verschiedene Akteure in der Stadt, Treibhausgasemissionen im Gebäudesektor einzusparen. Aufgrund der sich stetig verändernden Förderlandschaft auf Bundes- und Landesebene sowie der Tendenz, dass nicht alle verfügbaren Fördermittel abgerufen wurden in den letzten Jahren, ist eine Überprüfung und Neuausrichtung der Fördermittel anzustreben. Dabei ist ein Kombination mit anderen Fördermittel weiterhin anzustreben. Außerdem sind Anreize in bisher nicht förderbaren Konstellationen von Interesse. Ziel führend ist ein Förderzuschuss von PV + Speicher für Wohngebäude im Bestand und Neubau.; diese sind z. Zt. nur über KfW-270 (Kredit) abrufbar. Förderungen für Mitarbeiter*innen der Stadt Ansbach (Bezuschussung Neukauf von Fahrrädern, VGN-Firmenabo) bestehen bereits. Weiterhin sind Anreize im Bereich Mobilität, bspw. für Verwaltungsmitarbeiter*innen über das Jobrad sowie über ein Förderprogramm für Fahrräder/(Lasten-)Pedelecs für Bürgerinnen u. Bürger der Stadt Ansbach denkbar.	Gebäudeeigentümer (sowohl Wohnen als auch Wirtschaft) Stadtbevölkerung	Verwaltung, ggf. externe Dienstleister	mittelfristig	mittel	abhängig von konkreter Ausgestaltung der Förderung und den umgesetzten Projekten, z.B. je eingesparter kWh Erdgas 247 g Treibhausgase	Förderprogramm energetische Sanierung: Mittel stehen zur Verfügung Förderprogramm PV + Speicher: 15.000 €	über neue Stelle des zweiten Klimaschutzbeauftragten	

Maßnahmenkatalog zur THG-Bilanz: Stand 14.06.2022

Maßnahmenpaket	Nr.	Titel der Maßnahme	Beschreibung/Erforderliche Handlungsschritte	Zielgruppe	Akteure	Umsetzung	Priorität	THG-Einsparpotenzial	Fördermöglichkeiten	Bedarf Finanzmittel	Bedarf Personal
Ver- und Entsorgung	V5	Dachkataster für Potenziale Photovoltaik, Solarthermie und Gründach	<p>Dachflächen stellen einen wichtigen Handlungsspielraum für Klimaschutz und Klimaanpassung dar.</p> <p>Die Potenziale der Optionen Stromerzeugung (Photovoltaik), Wärmeerzeugung (Solarthermie) und Nutzung als Gründach sollten perspektivisch für jedes Dach bekannt sein und in Erwägung gezogen werden. Die Stadt kann hierbei eine wichtige Vorbildrolle einnehmen durch einen transparenten Abwägungsprozess hinsichtlich der Dachflächen der eigenen Liegenschaften und Best-Practice-Beispiele, insbesondere im Hinblick auf die Kombination mindestens zwei der genannten Optionen (z.B. Gründach und PV), umsetzen. Private und gewerbliche Eigentümer sollen gezielt mit Hilfe des Solar- und Gründachkatasters informiert und motiviert werden.</p> <p>Die Ergebnisse der Dachflächenanalyse sollen sich auch in der Ausrichtung der Förderung durch die Stadt widerspiegeln. (Etablierung eines PV + Speicher-Förderprogramms, s. V4)</p>	Gebäudeeigentümer (sowohl Wohnen als auch Wirtschaft)	Verwaltung, ggf. externe Dienstleister	mittelfristig	niedrig	<p>Stromversorgung über PV: 40 g/kWh 514 g/kWh = 554 g/kWh [Bundesstrommix 2017] – 40 g/kWh [Emissionsfaktor PV] Wärmeerzeugung über Solarthermie: 25 g/kWh [Emissionsfaktor ST] Einsparung abhängig substituierten Energieträger</p>		kurzfristig: Nutzung der Analyseergebnisse über Beratung im Klimaladen (keine Kosten), mittel- bis langfristig: Bei externem Dienstleister (vorhandene Analyseergebnisse sollten eingebunden werden können): ca. 15T € für Kataster und ca. 1.5T € für Wartung und Hosting pro Jahr oder bayernweite Lösung nutzen (falls diese kommt)	über neue Stelle des zweiten Klimaschutzbeauftragten
Ver- und Entsorgung	V6	Ausbau Photovoltaik im Stadtgebiet	<p>Photovoltaik hat ein großes Potenzial, im Stadtgebiet zum Ausbau der Erneuerbaren Stromerzeugung beizutragen. Eine möglichst hohe Ausschöpfung der Potenziale im Bereich Dach- und Freiflächen ist anzustreben. Die Stadt und ihre Tochterunternehmen sind bei PV-Anlagen auf Dächern bereits Vorbild und Initiator. Für Freiflächen-PV-Anlagen hat die Stadt Ansbach eine Rahmenplanung. Diese wird zurzeit überarbeitet, um die zukünftige Nutzung zusätzlicher Flächen planungsrechtlich zu ermöglichen. Limitierender Faktor ist das Leitungsnetz. Es bedarf einer Analyse des Netzes (Netzkapazität) inkl. konkreter Zielnetzplanung.</p> <p>Die Stadt Ansbach stellt sich der Verantwortung und möchte dieser mit dem Ziel, den Ausbau der Freiflächen-PV-Anlagen mit einer installierten Leistung von 25 MW bis 2030 voranzutreiben, gerecht werden.</p> <p>Um eine gute Ausgangsbasis für zukünftige Projektierer solcher Anlagen zu schaffen, kann die Stadt durch die Erstellung eines solaren Freiflächenkatasters wichtige Informationen der Nutzbarkeit einzelner Kriterien geben, welche im Rahmen der Erstellung des Energienutzungsplanes (vgl. V1) entwickelt werden könnte.</p>	Gebäudeeigentümer (sowohl Wohnen als auch Wirtschaft), Investoren, Stadtwerke	Verwaltung, Stadtwerke, Gebäudeeigentümer, Contractoren etc.	kurz- bis langfristig	hoch	514 g/kWh für Stromerzeugung über Photovoltaik (vgl. V5)		konkretes Ausbaziel sowie Analyse für eigene Liegenschaften notwendig zur Bestimmung der eigenen Kosten	
Ver- und Entsorgung	V7	Nutzung von Wasserstoff - Kooperation mit Hochschule	<p>Zur Erreichung der Zielstellungen im Klimaschutz, die das Restbudget an Treibhausgasemissionen einhalten, ist die deutliche Reduzierung des Einsatzes fossiler Energieträger und der immer stärkere Einsatz erneuerbarer Energieträger ein zentraler Aspekt. Aufgrund der fluktuierenden Verfügbarkeit einiger erneuerbarer Energieträger, insbesondere Wind- und Sonnenenergie, ist die Zwischenspeicherung und der Transport ebenfalls entscheidend für das Gelingen der Energiewende. Daher bekommt neben Wärmespeichern und Stromspeichern auch Wasserstoff zunehmend eine wichtige Rolle (s. V3). An der Hochschule für angewandte Wissenschaften Ansbach wird bereits dazu geforscht. Die Stadt Ansbach sollte daher in Kooperation mit der Hochschule und unter Einbindung der Stadtwerke an einem Einsatz der Technologie im Stadtgebiet als ein weiterer Baustein der Energiewende arbeiten. Der für die Gasnetzerweiterungen / Instandsetzungen bereitgestellte Rohrwerkstoff (PE 100 rc) ist bereits wasserstoff-ready.</p>	Gebäudeeigentümer (sowohl Wohnen als auch Wirtschaft), Investoren, Stadtwerke	Stadtwerke, Hochschule, Verwaltung	langfristig	niedrig	aktuell noch nicht bezifferbar, u.a. abhängig von Herstellung des Wasserstoffs			über neue Stelle des zweiten Klimaschutzbeauftragten

Maßnahmenkatalog zur THG-Bilanz: Stand 14.06.2022

Maßnahmenpaket	Nr.	Titel der Maßnahme	Beschreibung/Erforderliche Handlungsschritte	Zielgruppe	Akteure	Umsetzung	Priorität	THG-Einsparpotenzial	Fördermöglichkeiten	Bedarf Finanzmittel	Bedarf Personal
Interne Organisation	11	Verstetigung und Erweiterung Klimaschutz-Controlling	Auf Basis der aus der aktualisierten Bilanzierung sowie Potenzial- und Szenarienbetrachtung abgeleiteten Zielstellungen für die Stadt Ansbach ergibt sich die Notwendigkeit einer Verstetigung und Erweiterung des Controlling im Klimaschutz. Nur anhand aktueller Zahlen können die Maßnahmen auf Basis der tatsächlichen Entwicklungen angepasst und weiterentwickelt werden. Dabei sind folgende Punkte umzusetzen: - Erweiterung der zweijährlich erhobenen Kennzahlen entsprechend den Zielstellungen bzw. zweijährliche Fortschreibung der THG-Bilanz - kontinuierliche Fortschreibung, Konkretisierung und Anpassung des Maßnahmenplans Einbindung externer Begleitung des Prozesses in Betracht ziehen: der European Energy Award (eea) ist ein etabliertes Verfahren, welches das Controlling sowie die Maßnahmenfortschreibung und Umsetzung optimal unterstützen kann und damit einen kontinuierlichen Klimaschutzprozess sicherstellt. Flankierend zum eea kann zur erfolgreichen Klimafolgenanpassung die Teilnahme am European Climate Adaptation Award (eca) sinnvoll sein. Der eca dient zur fortlaufenden Steuerung und Kontrolle klimabedingter Aufgaben auf kommunaler Ebene. Hierzu zählen die Dokumentation, das Fortschreiben der Aktivitäten und neue Erfolge im Bereich der Maßnahmen zur Klimafolgenanpassung. Besonders geschätzt werden beim eca die jährliche Aktualisierung des klimaanpassungspolitischen Aktivitätenprogramms sowie die Praxisnähe.	Stadtbevölkerung, Politik, Verwaltung	Verwaltung, ggf. externe Dienstleister	kurzfristig	mittel	keine direkte Einsparung	Das Bayerische Umweltministerium fördert die Teilnahme am European Energy Award (eea) im Rahmen der Förderrichtlinie Kommunaler Klimaschutz KommKlimaFöR, die im Dezember 2019 veröffentlicht wurde. Gefördert werden Vorhaben zum Klimaschutz, die der Vorbereitung der systematischen Minderung von Treibhausgasemissionen dienen (Punkt 2.1.1 der Förderrichtlinie), u.a. durch die Teilnahme an Qualitätsmanagementverfahren mit Klimaschutzbezug. Die Förderung erfolgt projektbezogen (Projektförderung) durch anteilige Finanzierung der zuwendungsfähigen Ausgaben (Anteilfinanzierung). Die Projektlaufzeit ist auf drei Jahre begrenzt. Zuwendungen werden gewährt für Kommunen und deren Zusammenschlüsse in Höhe von bis zu 70 % der zuwendungsfähigen Ausgaben. Eine Förderung des eca über KommKlimaFöR ist aktuell in Bayern nicht möglich.	externe Dienstleister für Erstellung: eea: ca. 10.000 Euro pro Jahr (ein Zyklus mit externem Audit am Ende dauert jeweils 4 Jahre) eca: 15.000 Euro pro Jahr	Fortschreibung der Bilanz und Betreuung eea und eca intern über zweiten Klimaschutzbeauftragten
Interne Organisation	12	Klima- und Nachhaltigkeitscheck für alle Beschlüsse	Ein wichtiges Instrument zur Umsetzung der Zielstellungen im Rahmen der Klimaschutzbemühungen auf Ebene der Kommunen ist es, alle Beschlüsse im Stadtrat auf ihre Auswirkungen hinsichtlich der klimapolitischen Zielstellungen zu überprüfen. Ein Klima- und Nachhaltigkeitscheck soll sicherstellen, dass keine Beschlüsse gefasst werden, welche die Zielstellungen nicht berücksichtigen. Dies wurde bereits im Rahmen der Erstellung des Klimaschutzkonzeptes von 2009 als "praxisnahe Prüfbausteine" vorgeschlagen: "Der Stadtrat berücksichtigt bei allen Einzelfallentscheidungen die Klimawirksamkeit. Beschlussvorlagen sind mit Klimaschutzprüfung [zu] versehen."	Verwaltung Stadtbevölkerung	Verwaltung, ggf. externe Dienstleister	kurzfristig	hoch	nur für einzelne Beschlüsse bilanzierbar			Verteilung auf mehrere Personen (Herr Wickerath plus neue Stellen)
Interne Organisation	13	Nachhaltige Mobilität in der Verwaltung und kommunaler Fuhrpark	Vorbildwirkung leben und herausstellen: Dienstwagen für Mitarbeiter der Stadt Ansbach: hierbei muss im Bedarf unterschieden werden zwischen Lang- und Kurzstreckenfahrten: Für Langstreckenfahrten sollen diese weiterhin mit Diesel- bzw. Benzinfahrzeugen bestückt bleiben bzw. werden. Gasbetriebene Fahrzeuge fallen hier wegen des Erdgastankstellennetzes und der Vorkasse der Mitarbeiter bei Nichtaufsuchen einer Esso-Tankstelle sowie bei E-Fahrzeugen aufgrund der geringen Reichweite heraus. Für Kurzstreckenfahrten steht bis dato ein E-Fahrzeug zur Verfügung; ein weiteres dient als Botenfahrzeug. Insgesamt sieben Verbrenner-Kleinstwagen (4 Polos, 3 Lupos) sollen zukünftig sukzessive in E-Autos substituiert werden. Hierfür ist eine entsprechende Infrastruktur (3-4 Ladepunkte) bereitzustellen. Ein Flotten-Leasing von E-Fahrzeugen ist anzustreben. Die hohe Nachfrage an den bereits vorhandenen beiden Dienst-Pedelecs, die seit August 2021 im Einsatz sind, soll - nach Überprüfen der Nachfrage im Frühjahr 2022 – durch ein 3. Pedelec ergänzt werden. - Die für das Betriebsamt im Einsatz befindlichen LKW und Spezialmaschinen lassen sich z. Zt. nicht elektrifizieren. 21 PKW/Pritschenwagen können zukünftig sukzessive durch E-Fahrzeuge ersetzt werden - Wegen der Reichweite und vor allem wegen der Verfügbarkeit können die aktuell mit Diesel betriebenen Fahrzeuge des Amtes für Brand- und Katastrophenschutz nicht durch E-Fahrzeuge ersetzt werden. Eine Alternative wären wasserstoffbetriebene Fahrzeuge, für die es aktuell aber noch keinen Markt gibt. - Sharing-Angebote aktiv nutzen - Umwidmung und Vergabe von Dienstwagen- zu E-Parkplätzen bzw. Standorte auf der Alexanderstraße - Für ein stationsbasiertes Car-Sharing ist ein diskriminierungsfreies und transparentes Auswahlverfahren für die Vergabe von Stellplätzen an einen Anbieter notwendig. Grundlage hierfür ist das Carsharing-Gesetz sowie das Bayerische Straßen- und Wegegesetz.	Verwaltung	Verwaltung, ggf. externe Dienstleister	kurz- bis langfristig	hoch	keine konkreten Daten vorliegend, ca. 238 g/km vermiedene Autofahrt	Die Förderquote liegt bei bis zu 90 % der Investitionsmehrkosten für Fahrzeuge und Ladeinfrastruktur, https://www.ptj.de/frl-elektromobilitaet/invest	- Kosten für 7 E-Autos (Zentrale Dienste): - 210.000 € (Mittel stehen zur Verfügung) - Kosten für 4-7 Ladepunkte (Zentrale Dienste): ca. 20.000 – 35.000 € - Kosten für 3. Dienst-Pedelec: ca. 4.000 € Kosten für 21 E-PKW/Pritschenwagen (Betriebsamt): ca. 840.000 € € (Mittel stehen zur Verfügung) - Kosten für 11-21 Ladepunkte (Betriebsamt): ca. 55.000 – 105.000 €	Umsetzung über bestehende Strukturen in Zusammenarbeit mit neuer Stelle zur nachhaltigen Beschaffung (s. 14)

Maßnahmenkatalog zur THG-Bilanz: Stand 14.06.2022

Maßnahmenpaket	Nr.	Titel der Maßnahme	Beschreibung/Erforderliche Handlungsschritte	Zielgruppe	Akteure	Umsetzung	Priorität	THG-Einsparpotenzial	Fördermöglichkeiten	Bedarf Finanzmittel	Bedarf Personal
Interne Organisation	14	Nachhaltige Beschaffung in einer zentralen Vergabestelle etablieren	<p>Die Stadtverwaltung besitzt im Rahmen ihrer Beschaffung eine große Vorbildfunktion für alle Akteure in der Stadt. Dieser Verantwortung muss sie mit Berücksichtigung von Kriterien der Nachhaltigkeit Rechnung tragen. Das Handlungsfeld umfasst verschiedenste Bereiche: in kurzen Abständen wiederkehrender Beschaffungen für Büro- oder Reinigungsmaterialien als auch einmalige oder in längeren Zyklen anzuschaffende Materialien wie IT- oder Arbeitsgeräte.</p> <p>Vergabe unter Aspekten der Nachhaltigkeit und des Fair Trade ist anzustreben</p> <ul style="list-style-type: none"> - Grundlage dafür: Anpassung Vergabehandbuch für nachhaltige Beschaffung unter Anwendung ausgewählter Kriterienkataloge (bspw. Leitfaden UBA, Berliner Beschaffungsrichtlinien etc.) - bspw. Berücksichtigung der Lebensdaueranalyse als Kriterium bei der Beschaffung von Investitionsgütern - Besuch regelmäßiger Schulungen und Weiterbildungen für Mitarbeitende der Beschaffung - Die Beschaffung ist aktuell weitestgehend dezentral organisiert in den Ämtern (Ausnahme: Kopierpapier und Versandtaschen), hier ist eine Grundsatzentscheidung anzustreben, dass perspektivisch zentral beschafft wird, bevor Nachhaltigkeitskriterien angepasst oder implementiert werden. Leistungsverzeichnisse sind in dem Kontext von den Ämtern/Sachgebieten an die neu zu schaffende Zentrale Vergabestelle zu leiten. - Nachhaltigkeitsaspekte werden aktuell im Rahmen der zentralen Beschaffung von Druckerpapier (FSC, EU-Ecolabel, Blauer Engel) und bei den Versandtaschen (green energy, Blauer Engel) bereits berücksichtigt. Beim Amt für Brand- und Katastrophenschutz stehen bei der Arbeitskleidung primär die Zulassung für Innenbrandbekämpfung, also funktionale Aspekte, im Vordergrund. Lediglich die Bestreifung von Jacken/Hosen können in Vergaben als Nachhaltigkeitskriterium auftauchen, werden aber nachrangig eingeordnet. - Die Stadt Ansbach ist seit dem 01.12.2021 dem Pakt für nachhaltige Beschaffung der Europäische Metropolregion (EMN) beigetreten. Der Pakt hat sich auf die Produktgruppen Textilien, Lebensmittel, Sportbälle und Büromaterialien fokussiert. 	Verwaltung	Verwaltung, ggf. externe Dienstleister	mittelfristig	mittel	nicht bilanzierbar in der Gesamtheit, einzelne Beschaffungsvorgänge im Konkreten betrachten			eine neue Stelle für zentrale Beschaffung unter Gesichtspunkten der Nachhaltigkeit (EG 11-12 unbefristet). Läuft über Projektförderung „Kommunale Entwicklungspolitik“
Kommunale Gebäude und Anlagen	K1	Referenzmodellbasierte Bestandsaufnahme der städtischen Gebäude	<p>Statistische Erfassung und Bewertung des Gebäudebestands nach strategischer Zielplanung:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Erhalt eines Gebäudeportfolios der Stadt, welches u. a. insgesamt unter Einbeziehung der technischen Möglichkeiten den Verbrauch von Energie bei Herstellung, Betrieb und Instandsetzung auf ein Mindestmaß reduziert - Operationalisierung des strategischen Ansatzes durch <ul style="list-style-type: none"> - Bauwerksbesichtigung - Zustandsbewertung des Gebäudes mit Gewichtung des Anteils am Gesamtwert und Auswertung der Bauwerkserfassung - Planung der Instandhaltung - Durchführung der Maßnahmen 	Stadt Ansbach	Externe Dienstleister	Kurzfristig	hoch		Kommunalrichtlinie „Implementierung und Erweiterung eines Energiemanagements“: 70 % Regelförderquote, (Förderung einschlägig?) https://www.klimaschutz.de/de/foerderung/foerderprogramme/kommunalrichtlinie/implementierung-und-erweiterung-eines-energiemanagements	100 – 150 T€ (Externe Konzepterstellung)	Externe Vergabe
		Entwicklung/Festlegung eines Energie- und Baustandards für die kommunalen Gebäude	<p>Auf Basis der Zielstellungen für die Minderung von Treibhausgasen muss ein Baustandard mit verschärften Anforderungen an die Energieeffizienz und Energieversorgung definiert werden. Berücksichtigung finden müssen dabei Neubau und Bestand gleichermaßen. Es gilt, Anforderungen an den Standard insgesamt, die Bauteile und die Energieversorgung zu formulieren. Für Neubauten ist Passivhausstandard, für Bestandsgebäude KfW 40-Standard anzustreben; Einzelfallentscheidungen sind zu berücksichtigen. Bei Bestandsgebäuden sind – im Gegensatz zur mittel- bis langfristigen zeitlichen Entkopplung von Einzelmaßnahmen – gebündelte Maßnahmen bis hin zur Generalsanierung anzustreben.</p>	Stadt Ansbach	Verwaltung, ggf. externe Dienstleister	Kurz- bis langfristig	hoch	nach Umsetzung der daraus abgeleiteten Maßnahmen: ca. 6.000 t/a zur Erreichung der Ziele nach Restbudgetansatz			eine zusätzliche Stelle zur Erstellung, Umsetzung und Monitoring (bspw. in Form eines kommunalen Energiemanagements (KEM) der beiden Maßnahmen (EG10-12 unbefristet)

Maßnahmenkatalog zur THG-Bilanz: Stand 14.06.2022

Maßnahmenpaket	Nr.	Titel der Maßnahme	Beschreibung/Erforderliche Handlungsschritte	Zielgruppe	Akteure	Umsetzung	Priorität	THG-Einsparpotenzial	Fördermöglichkeiten	Bedarf Finanzmittel	Bedarf Personal
Kommunale Gebäude und Anlagen	K2	Erstellung und Umsetzung eines Sanierungsfahrplans auf Basis des Energie- und Baustandards	Der erste Schritt zur Umsetzung, der im Energie- und Baustandard festgelegten Anforderungen an die kommunalen Gebäude, ist die Erstellung eines Sanierungsfahrplans, der aufzeigt, welche baulichen Maßnahmen an den einzelnen Gebäuden und der Energieversorgung notwendig sind (Welche Gebäude müssen in den nächsten fünf Jahren saniert werden? Wann müssen Heizungen ausgetauscht werden?). Dabei werden im Ergebnis anhand technologischer, ökologischer, wirtschaftlicher sowie weiteren Randbedingungen, die sich aus dem laufenden Betrieb der Gebäude ergeben, Prioritäten gesetzt und ein Fahrplan erstellt, der die notwendigen Maßnahmen zeitlich einordnet. Prioritär sind bei der Stadt Brandschutzmaßnahmen abzuarbeiten. Hier sollte parallel eine Generalsanierung – wie unter K1 beschrieben - durchgeführt werden.	Stadt Ansbach	Verwaltung, ggf. externe Dienstleister	Kurz- bis langfristig	hoch		Fördermöglichkeit BAFA Energieberatung NWG Energieberatung: 80% Zuschuss (max. 1,7T€ / 5T€ / 8T€ pro Nichtwohngebäude, flächenabhängig) https://www.bafa.de/DE/Energie/Energieberatung/Nichtwohngebäude_Anlagen_Systeme/Modul2_Energieberatung/modul2_energieberatung_nod_e.html	Kosten für Umsetzung Sanierungsfahrplan (davon bereits bezifferbar bis 2027): rd. 86 Mio. € (Mittel stehen zur Verfügung) Eigenanteil an Beratungsleistung durch externer Dienstleister in Höhe von 20 % der förderfähigen Kosten.	
Sonstige	S1	Untersuchung der Potenziale lokaler Kohlenstoffsinken	Neben der aktiven Vermeidung und Reduzierung von Treibhausgasemissionen ist auch die Bindung von Kohlenstoff in Kohlenstoffsinken zunehmend von Bedeutung. Die Stadt Ansbach bewirtschaftet ihre Waldflächen nachhaltig, d. h. der Waldbestand bleibt erhalten, es findet keine Flächenverringering statt, das Kronenmaterial verbleibt im Wald. Die Maßnahmen erfolgen im Sinne der Biodiversität. Durch die Transformation von Nadel- in Laubwald wird dem Humusaufbau Rechnung getragen. Weitere Flächen zur Aufforstung sind zukünftig nicht vorgesehen. Für die Wiedervernässung von Flächen im Stadtgebiet Ansbach gibt es derzeit keine Potenziale. Dem Humusaufbau auf landwirtschaftlichen Flächen kommt eine zentrale Bedeutung zu. Hierzu ist in einem ersten Schritt eine Untersuchung der Potenziale im Stadtgebiet zu erstellen, auf deren Basis Prioritäten und konkrete Handlungsschritte abgeleitet werden können.	Landbesitzer (Agrar- und Forstflächen), Gebäudeeigentümer, Stadt Ansbach	Verwaltung, ggf. externe Dienstleister	langfristig	niedrig	Schätzung nur auf Basis der konkreten Untersuchung möglich		50-75 T€ (externe Konzepterstellung)	über neue Stelle des zweiten Klimaschutzbeauftragten
Sonstiges	S2	Ausbau der Öffentlichkeitsarbeit	Öffentlichkeitswirksame Aktionen, wie z. B. das Stadtradeln, Kleine Ansbacher Klimaschützer unterwegs, Biobrotbox, Tag der erneuerbaren Energien, Streuobstinitiative Ansbach, Aktion Saub(ä)er sind bereits etabliert. Verbesserungen zur Durchführung von Aktionen sollen im Rahmen von Befragungen stattfinden. Weitere Aktionen zur Stärkung des Umwelt- und Klimaschutzes werden aktuell und zukünftig geprüft und umgesetzt, z. B. das "Möhrchenheft" (nachhaltiges Hausaufgabenheft) und "Jeder Tropfen zählt" (altes Speiseöl wird zu Kraftstoff verarbeitet). Die Stadt Ansbach ist seit 2015 Fair-Trade-Stadt und bietet seit dieser Zeit jeweils im September die Aktion "Ansbach frühstückt regional und fair an". Bis dato gibt es in Ansbach drei zertifizierte Fair-Trade-Schulen. Weitere Schulen sollen akquiriert werden. Zukünftig sollen auch Vorträge zu Fair Trade über die VHS angeboten werden, so z. B. im Herbst 2022.	Schulen Stadtbevölkerung	Verwaltung	kurzfristig	mittel	Nicht bilanzierbar	Im Rahmen des Möhrchenheftes -> keine Fördermöglichkeit "Jeder Tropfen zählt" -> keine staatl. Fördermöglichkeit, aber Sponsoren (awean, Banken, Firmen?)	8.300 € pro Jahr	